setzliche Vorzugsrechte der Söhne auf die Liegenschaften und die grössere Erbquote, Minorat, Gleichstellung der Geschlechter, Sonder- nachfolge in Heergewäte und Gerade) sind sorgfältig auseinander- gehalten und anschaulich dargestellt, wobei hie und da neue, die bis- herigen Untersuchungen ergänzende Ergebnisse erzielt werden (vgl. z. B. S. 51 über die Möglichkeit der Bevorzugung einzelner Söhne schon unter der Herrschaft des Zürcher Erbrechtsstatuts von 1419). Auch über die schwierige Frage, ob und in wie fern ein Eintrittsrecht der weiteren Nachkommenschaft in die Vorzugsrechte statt hatte und haben konnte, verbreitet sich Escher des Näheren. Er findet die theoretische Lösung treffend darin, ob der Vortheil als Theil des Intestaterbrechts gedacht sei oder nicht, und entscheidet darnach im Einzelnen. Mit diesen An- deutungen muss ich mich begnügen. Es steht zu hoffen, dass die neuen Quellenveröffentlichungen auch weiterhin zu derartigen Unter- suchungen anregen werden, die, auch wenn sie unsere Kenntniss nur ergänzen und vertiefen, darum doch recht verdienstlich sind.

Ulrich Stutz.

Dr. jur. et phil. Wilhelm Gundlach, Die Entstehung des Kirchenstaates und der curiale Begriff der Res publica Romanorum. Ein Beitrag zum fränkischen Kirchen- und Staatsrecht. Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von Otto Gierke. 59. Heft. Breslau, M. und H. Marcus. 1899. VII. u. 121 S. 8^o.

Während bisher Historiker und Juristen in dem Rechtsverhält- niss der Päpste zu den ersten karolingischen Königen etwas durch- aus Eigenartiges, nicht in bekannte, allgemein gültige Formen zu Bringendes sehen zu müssen glaubten, erklärt es Gundlach ein- fach als einen Anwendungsfall zweier fränkischer Einrichtungen, der Immunität einerseits und des Königsschutzes andererseits. Gerade deshalb, weil dieser neue Beitrag zu der so oft erörterten Frage nach der Entstehung des Kirchenstaates sich als ein Versuch herausstellt, die rechtlichen Beziehungen der Päpste und ihres Herrschaftsgebietes zu den karolingischen Hausmeiern und Königen unter Sätze des welt- lichen fränkischen Rechtes zu subsumiren, haben wir das Recht und die Pflicht, uns an dieser Stelle mit Gundlachs interessanter Unter- suchung etwas eingehender zu beschäftigen. Sie zerfällt in drei Theile.

Ein erster, einleitender stellt die schon oft beobachtete Ent- wicklung dar, in der das Papstthum, während es sich noch ganz in Unterordnung und Zugehörigkeit zum byzantinischen Reiche hielt, doch ein weltliches Machtmittel über die unter seinem Einfluss stehenden italienischen Gebiete nach dem andern an sich zog. Das Wichtigste dabei war nach Gundlach, dass sich Rom für den römischen Dukat

ertrotzte, was ihm zum Aerger von Constantinus Pogonatus an Ravenna ausnahmsweise und ausdrücklich verliehen worden war, nämlich eine die Freiheit von Bodenzins und Kopfsteuer bedeutende Immunität, die bald auch über die Pentapolis und den Exarchat ausgedehnt wurde.

Kein Wunder, dass nunmehr dem Papste der Gedanke eines dem h. Petrus und damit ihm unterstellten selbständigen Staates kam. Stephan II. fing an, von einer *Res publica Romanorum* zu reden, was in der That mit Gundlach (vgl. jetzt auch Wilhelm Sickel in den Gött. Gel. Anz. 1900 S. 108 f.) nur als „Kirchenstaat“ verstanden werden kann. Doch sind Stephans II. Nachfolger nicht mit derselben Energie bei diesem Sprachgebrauch verharret. Nur Stephan III. bediente sich seiner noch mehrmals, wenn auch in etwas veränderter Gestalt (*sancta Romana rei publicae ecclesia*). Sonst gerieth er ins Wanken, und unter Hadrian I. verlor er sich (S. 27—32). Das hatte seinen Grund in den Beziehungen, in die das Papstthum zum Frankenreich und dessen Herrschern getreten war.

Den Gang der Begebenheiten, durch den diese Beziehungen sich knüpften, stellt in historisch-kritischer Untersuchung fest der erste Abschnitt des dritten Theils (S. 35—71). Auf seiner Grundlage baut sich dann die juristische Analyse auf (S. 71—80). Den Ausgangspunkt bildet nach Gundlach ein Einverständniss (*pactum*) zwischen Zacharias und dem Hausmeier Pippin über das Verhältniss der weltlichen Gewalt mit ihrer Schutzpflicht und der kirchlichen mit ihrer geistlichen Aufgabe. Dieses Einverständniss — das natürlich geheim gehalten wurde — war der Grund, weshalb Pippin nachmals auf das Ansuchen Stephans II. trotz der sich entgegenthürmenden Schwierigkeiten bereitwillig einging. Im Jahre 754 wurde dies Vertragsverhältniss genauer ausgestaltet. Stephan II. commendirte sich und die römische Kirche dem karolingischen König sowie dem fränkischen Staat aber ohne Huldigung, und Pippin sicherte ihnen dafür seinen königlichen Schutz zu. Dabei blieb es, bis Pippin 756 nach Anerkennung seiner Souveränität über die Pentapolis und den Exarchat durch den zweiten Paveser Frieden für diese, 781 Karl der Grosse, nachdem er durch Verzicht des byzantinischen Hofes die Souveränität über den römischen Dukat erworben hatte, für den letzteren der römischen Kirche die fränkische Immunität verlieh. Fränkischer Königsschutz und fränkische Immunität wirkten also zusammen. Und auf sie lassen sich alle einzelnen Rechtsbeziehungen zurückführen, die zwischen den Päpsten und Pippin sowie Karl bestanden, die dauernde Dienstbarkeit der Päpste, die verbindliche Kraft, welche fränkische Rechtsgrundsätze für den Schützling hatten, selbst ehe sie für Italien besonders verkündet waren, das öffentliche Kirchengebet, das man fränkischerseits auch vom Papst beanspruchte, die Benutzung des Papstes als Untersuchungsrichter und für Polizeizwecke, die Gerichtsgewalt des Frankenkönigs über den Papst in Straf- und Civilsachen, der fränkische Oberbefehl auch über die Truppen des römischen Dukats u. a. m. (S. 81—98). Dabei bedeutete der dem Frankenheerscher zugeschriebene Patriciat,

dem ein Patriciat des h. Petrus im Sinne von Immunitätsherrlichkeit gegenübersteht, die in ihrem Inhalt wechselnde Oberherrlichkeit, zunächst also die mit der Gewährung des Königsschutzes, dann die durch die Souveränität gegebene (S. 98 ff.).

Nach alledem hat die Zeit Pippins und Karls noch keinen Kirchenstaat gekannt. Lediglich die Grundlagen für die spätere Entwicklung eines solchen wurden damals gelegt.

Dem gegenüber hat ungefähr zu derselben Zeit Wilhelm Sickel in seiner schönen Abhandlung über den Kirchenstaat und die Karolinger (*Historische Zeitschrift* LXXXIV 1899 S. 385 ff., vergl. auch desselben schon oben angeführte Besprechung des Buchs von Ketterer über Karl den Grossen und die Kirche in den *Gött. Gel. Anz.* 1900 S. 106 ff.) die Ansicht vertreten, 754 sei das Geburtsjahr des Kirchenstaates. Nachdem Stephan II., jedoch ohne ein eigenes Recht für sich und seine Kirche gegenüber dem byzantinischen Kaiser in Anspruch zu nehmen, 753 den römischen Dukat an sich gezogen hatte und so Alleinherrscher geworden war, habe er im Schutzvertrag von 754, der sich von allen früheren Verträgen eines Papstes mit fremden Fürsten durchaus unterscheide, vor Pippin den Entschluss bekundet, einen Staat zu haben und eben dadurch das Gebiet seiner Herrschaft in einen solchen umgewandelt. Die Verleihung des Patriciats an den Frankenkönig habe die Verdrängung der kaiserlichen Regierung vollständig und endgültig machen sollen und so die Gründung des neuen Staates ergänzt, keineswegs aber bewirkt, wie andererseits Pippins Handlungen die Gründung nur ermöglichten, nicht vollzogen. Darum hätten auch in der Folgezeit, in steigendem Mafse seit der Errichtung des Imperiums die Karolinger die päpstlichen Regenten dieses Staates beschränkt, aber nicht beherrscht.

Eine Auseinandersetzung mit Sickels auf eine wahrhaft profunde Gelehrsamkeit gestützter Ansicht ist natürlich an dieser Stelle nicht möglich und nicht angängig. Nur einige allgemeinere Bemerkungen, die sich mir beim Studium der beiden Untersuchungen aufgedrängt haben, sei zu äussern mir gestattet. Man wird sich davor hüten müssen, die besonders anfänglich sehr flüssigen und überwiegend politischen Beziehungen der Päpste zu den Frankenherrschern in starre Rechtsformen zu pressen. In dieser Hinsicht scheint Sickel zunächst eher Zustimmung zu verdienen, denn er macht rechtliche Gesichtspunkte mehr nur nach der negativen Seite hin geltend, und erkennt, indem er ohne Unterordnung unter gegebene Formen ein neues Staatswesen entstehen lässt, das freie Walten der Politik durchaus an. Aber seine Auffassung wird m. E's. den Thatsachen nicht ganz gerecht. Stephan II. befand sich 754 in Ponthion und Quierzy durchaus nicht in der Lage, durch seinen Willen sich einen Staat zu schaffen, und die Beziehungen zwischen Rom und dem Frankenreich waren damals denen eines souveränen Staates zu einem selbst sehr mächtigen Beschützer wenig ähnlich. Da kommt Gundlach der Wahrheit näher, wenn er von einem Spielen mit dem Souveränitätsgedanken redet, aber

findet, der Schritt vom Wort zur That sei aus guten Gründen damals noch unterblieben, vielmehr habe man päpstlicherseits unter Karl sogar auf das Spielen mit dem Worte verzichten müssen. Allerdings interpretirt Gundlach die historischen Quellen scharf juristisch. Ich möchte auch nicht Alles unterschreiben, was er vorbringt, z. B. nicht seine Ausführungen über den angeblichen Grundvertrag zwischen Zacharias und Pippin und das S. 41 mit N. 133 aus dem zweiten Paveser Frieden gegen die Souveränität des Papstes Gefolgerte. Aber einen Grund, der seine Auffassung zwingend ausschlösse, kann ich nicht finden. Und ich meine, wenn man berücksichtigt, dass der fränkische Theil des Briefwechsels, der ganz unzweifelhaft die Dinge viel bestimmter bei ihrem fränkischen Namen nannte, nicht mehr existirt, so müsse man geradezu in den S. 75 aus den Papstbriefen herausgehobenen Stellen, die ohne diesen Umstand nicht so viel zu sagen brauchten, den Widerschein technisch-fränkischer Redeweise sehen. Es wäre ja auch im höchsten Grade verwunderlich, wenn man sich am fränkischen Hofe über das Verhältniss des Papstes nicht bestimmte rechtliche Vorstellungen natürlich fränkischer Art gemacht hätte; dass dem Papst diese Vorstellungen zu klarem Bewusstsein kamen, und dass er sie sich völlig aneignete, soll damit nicht gesagt sein. Gerade der Codex Carolinus liefert auch sonst Beispiele dafür, wie schwer man sich in dem noch ganz in römischen Vorstellungen lebenden Rom in fränkisches Recht hineinzudenken vermochte. Ich denke, die Verleihung des Patriciustitels, die bei Gundlachs Annahme einer streng einheitlichen Auffassung und einer befriedigenden Erklärung entbehrt, gebe einen Anhalt dafür, dass und wie man sich das Verhältniss in Rom römisch zurechtlegte. Ueber die politischen Ziele und den Inhalt des Verhältnisses stimmte man beiderseits vollkommen überein, die rechtliche Natur aber legte sich jeder Theil mehr oder weniger nach seiner Weise zurecht. Dabei war freilich die fränkische Auffassung die thatsächlich und rechtlich maßgebende. Sie klargelegt zu haben, ist das Verdienst von Gundlachs scharfsinniger Untersuchung. Diese liefert zugleich einen neuen Beitrag zur Geschichte der Verwendung von Einrichtungen des germanischen, überhaupt des mittelalterlich-weltlichen Rechtes auf dem kirchlichen Gebiet und zu meiner These von der grundlegenden Bedeutung des germanischen Rechtes für das kirchliche. Je weniger ich gerade diesen Punkt bisher im Auge gehabt habe, um so freudiger begrüße ich die unverhoffte Bereicherung, die das germanische Kirchenrecht durch Gundlach erfahren hat.

Ulrich Stutz.